Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 30.10.20

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Essay: Atommüll – Wer ist verantwortlich?

fb Bei der Erzeugung von Elektrizität produzieren Atomkraftwerke auch langlebige radioaktive Abfälle, die für Millionen von Jahren ein Sicherheitsproblem darstellen. Wie umstritten die Nutzung der Atomenergie auch sein mag, Tatsache ist, dass nur die heutigen Generationen von der in diesen Anlagen erzeugten Energie profitieren, während spätere Generationen nur mit den potenziellen Risiken der Hinterlassenschaften dieser Technologie konfrontiert werden. Um die öffentliche Kritik an konkreten Endlagerungsvorschlägen abzulehnen, wird oft argumentiert, dass die Lösung der Atommüllprobleme in der Verantwortung unserer Generation läge. Und so argumentieren die Befürworter*innen der Atomindustrie, dass auch Kritiker*innen Lösungen anbieten müssten, wenn sie sich gegen Technologien zur Entsorgung radioaktiver Abfälle oder die Standortwahl für Endlager wenden. Es liegt je-

Infomaterialien

http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Wessen Müll?

Es ist schon erstaunlich. Da fahren Castoren – bezahlt von RWE oder E.on – nach Sellafield und werden entladen. Als Nächstes werden hochradioaktive Brennstäbe im tiefen blauen Wasser der Wiederaufbereitungsanlage aus den Castoren gehoben, später zersägt, aufgelöst und verglast. Und wie in einem magischen Akt, hinter dickem Bleiglas, verwandelt sich die nukleare Altlast der Konzerne in bundesdeutschen Müll, in „unseren Müll“. Und nicht nur das: Alle, die schon gegen die Erzeugung dieser tödlichen Altlasten gestritten haben, sollen nun schweigen und im nationalen Kollektiv das Produkt privatwirtschaftlichen Handelns schultern. So überzeichnet diese Beschreibung der Vorgänge im Umfeld der anstehenden „(Rück)transporte“ erscheint, der hier zu beobachtende Prozess der Sozialisierung von Kosten, also des Abwälzens der Folgen privatwirtschaftlichen Handelns auf die Allgemeinheit zieht sich durch alle Bereiche des Betriebs von Atomanlagen von der Kernforschung über den Uranabbau bis hin zur Entsorgung.

Subventionierung der Forschungskosten

Dass private Firmen mit vermeintlich billigem Atomstrom Gewinne machen, setzt zunächst voraus, dass die Allgemeinheit bereits Unsummen in Forschung und Infrastruktur investiert hat. Neben der Gründung zahlreicher staatlicher Kernforschungszentren (z.B. Geesthacht, Karlsruhe, Jülich) wurde bereits 1957 der EURATOM-Vertrag geschlossen, durch den der „Kernforschung“ jährlich hunderte Millionen von Euro zufließen. Allein für die Jahre 2011-2012 standen nach Angaben der EU-Kommision Mittel in Höhe von insgesamt 2.200 Mio. Euro für die „Kernforschung“ zur Verfügung.

Externalisierung von Anfang an

Die horrenden Kosten und Folgen des Betriebs von Atomanlagen werden nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft sozialisiert. Sie treffen vor allem Menschen in anderen Gesellschaften und zukünftige Generationen. Weltweit betreiben nur 30 von 193 Ländern AKW, und nur rund die Hälfte dieser Länder betreibt mehr als fünf AKW – in der BRD sind es zurzeit sechs. Das Uran für den Betrieb dieser Atomanlagen stammt hingegen weitgehend aus Ländern und Regionen, die keine AKW besitzen (Namibia, Kasachstan, Australien, Niger...). So werden für den Betrieb eines AKW mit einer Leistung von 1.000 MW jährlich rund 30 Tonnen angereichertes Uran benötigt. Dieser vergleichsweise geringen Menge stehen etwa 100.000 t feste und 200.000 t flüssige Abfälle gegenüber, die bei der Gewinnung des Urans vor Ort anfallen.

Die dazu benötigten Wassermengen stellen gerade in den wüstenartigen Abbaugebieten, wie dem Niger, Namibia oder Australien ein großes ökologisches Problem dar. Rund 85% der ursprünglichen Radioaktivität verbleibt dabei in den Schlämmen und Absetzbecken (tailings). Dabei gibt es ähnlich wie bei der Endlagerproblematik auch für die „schadfreie Versiegelung“ der Halden und Schlämme für viele tausend Jahre kein schlüssiges Konzept, das ein Ausgasen von Radon oder das Versickern und Verwehen anderer radioaktiver Substanzen verhindern würde. Daneben sind auch große Mengen Arsen, Blei und Quecksilber in den Schlämmen zu finden.

Die vorläufige Sanierung des Uranabbaus der ehemaligen DDR hat bis heute